

Niederschrift

über die 19. öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 24.02.2010
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende/r Horst-Dieter Freygang

Ausschussmitglieder Peter Eggerichs
Michael Fischer
Axel Homfeldt
Jörg Limberg
Susanne Riemer
Manfred Schmitz
Ingrid Schneider
Wilfried Sutorius

Grundmandat Janto Just

Gäste RM Claudia-Andrea König

Von der Verwaltung
nehmen teil: Bürgermeister Gerhard Böhling
VA Winfried Schulte
StAR Elke Idel

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wird unter Hinweis auf die Erweiterung vom 15.02.2010 festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 02. 12. 2010 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

- 5.1. Herr Preßer teilt mit, dass die Anlage zu SV-Nr. 06//0744 im Internet nicht lesbar war.

6. Bericht des Kommunalprüfungsamtes über die am 10.11.2009 durchgeführte unvermutete örtliche Kassenprüfung **SV-Nr. 06//0684**

VA Schulte erläutert den Bericht.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Der Bericht vom 18.11.2009 des Prüfungsamtes des Landkreises Friesland über die unvermutete örtliche Kassenprüfung vom 10.11.2009 wird zur Kenntnis genommen.

7. Jahresrechnung 2008 und Entlastung des Bürgermeisters **SV-Nr. 06//0685**

VA Schulte erläutert den Prüfungsbericht.

RM Eggerichs fragt nach der Entwicklung des Freizeitbades Aqua-Toll - insbesondere im Hinblick auf die Besucherzahlen. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass die Kosten- und Leistungsrechnung hierzu noch nicht vorliegt.

RM Freygang bittet um Erläuterung zu Ziffer 11.1.2 des Prüfungsberichtes, wonach erhebliche Haushaltsplanabweichungen vorlagen. VA Schulte teilt mit, dass die Abweichungen durch die Budgetdeckung zulässig sind.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die Jahresrechnung der Stadt Schortens für das Haushaltsjahr 2008 wird in der vorliegenden Fassung gem. § 101 Abs. 1 NGO beschlossen. Die Entlastung des Bürgermeisters gem. § 101 Abs. 1 NGO wird erteilt.

8. Vorläufiges Rechnungsergebnis 2009 und Budgetausgleich
SV-Nr. 06//0738

VA Schulte erläutert den Beschlussvorschlag und verweist auf die Auflösung der Betriebsmittelrücklage.

RM Eggerichs fragt nach, warum trotz der im letzten Jahr ausgesprochenen Haushaltssperre Budgetüberschreitungen eingetreten sind. Insbesondere stellt er in Frage, ob es sich im Budget 13 um Energiekosten des

Aqua-Toll und im Budget 21 um die Schadenfälle beim Kanal Jeverische Straße handelt und warum im Personaletat eine Überschreitung eingetreten ist, obwohl der Bürgermeister noch letztes Jahr im Zuge der Einstellung von ordnungsrechtlichen Kräften behauptet hat, die Mittel würden ausreichen.

BM Böhling teilt hierzu mit, dass die ordnungsrechtlichen Überwachungskräfte erst zum 01.01.2010 eingestellt wurden und diese Kosten den Haushalt 2009 noch nicht belastet haben. Er verweist weiterhin darauf, dass der kumulierte Fehlbetrag rund 690.000 Euro beträgt. Hierin enthalten ist aber auch der Fehlbetrag des Vorjahres 2008 mit rund 390.000 Euro, so dass das jährliche Defizit 300.000 Euro beträgt. Dieses ist zwar nicht gut, es ist aber zu berücksichtigen, dass zuletzt mit einem Fehlbetrag von 1.040.000 Euro gerechnet wurde. Weiterhin verweist er darauf, dass die Schuldenentwicklung unter dem Landesdurchschnitt liegt.

RM Eggerichs entgegnet, dass der Fehlbetrag zu rund ½ durch die Entnahme aus der Rücklage verbessert wurde. Weiterhin muss auch berücksichtigt werden, dass die Gewerbesteuereinnahmen unter dem Landesdurchschnitt liegen. Die Schulden können daher immer nur im Vergleich zu den Einnahmen gesehen werden.

RM Just geht auf die Schuldenlage ein und teilt mit, dass diese besorgniserregend ist, da keine Nettotilgung erfolgt. Der statistische Vergleich betrifft Kommunen der Größenklasse 20.000 bis 50.000 Einwohner. Bei der Größenklasse unter 20.000 Einwohner sehen die Zahlen schlechter aus.

BM Böhling widerspricht diesem und teilt mit, dass die statistischen Werte der Tabelle für Kommunen ab 10.000 Einwohner entnommen wurden.

(Anmerkung der Verwaltung:

Für kreisangehörige Städte und Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern betrug die Verschuldung lt. statistischer Monatshefte 2009 per 31.12.2008 je Einwohner 756,55 €. Im Vergleich dazu Schortens: 449,20 € je Einwohner.

Es wird bei einer Enthaltung einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

1. Budget Verwaltung (Verwaltungshaushalt)

Die Budgetüberschreitungen der Budgets

| | |
|--|----------------------|
| 10 – Innerer Service | -11.334,60 € |
| 13 - Sport, Kultur, Tourismus | -64.219,72 € |
| 21 - Bauverwaltung/Planung und Bautechnik/Umwelt | -35.898,67 € |
| 80 - Personal | <u>-29.281,60 €</u> |
| Insgesamt | -140.734,59 € |

werden genehmigt.

Deckung erfolgt aus der Budgetverbesserung des Budgets 61 – Allgemeine Finanzwirtschaft.

2. Budget Vermögen (Vermögenshaushalt)

Die Budgetüberschreitung der Budgets

| | |
|----------------------|---------------------|
| 10 – Innerer Service | -1.954,52 € |
| 20 - Ordnung | <u>-27.298,82 €</u> |
| Insgesamt | -29.253,34 € |

werden genehmigt. Deckung erfolgt aus der Budgetverbesserung des Budgets 11 – Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaftsförderung.

3. Auflösung der Betriebsmittelrücklage

Die Entnahme aus der bisherigen Betriebsmittelrücklage in Höhe von 172.067,67 € und die Zuführung dieses Betrages vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt wird genehmigt.

9. Budget Teilhaushalt 11 - Finanzverwaltung / Wirtschaftsförderung 2010 **SV-Nr. 06//0740**

VA Schulte erläutert die Planung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes 2010.

RM Eggerichs merkt an, dass dem Campingplatz seitens der Stadt Jever laut Presse bereits die „gelbe Karte“ gezeigt wurde und fragt an, wann damit zu rechnen sei, dass dieser schwarze Zahlen schreibt. Gleichwohl sei ihm bewusst, dass dieses aufgrund der witterungsbedingten Einflüsse und der Lage in der zweiten Reihe zur Nordseeküste nicht einfach sei. Weiterhin hat er noch Klärungsbedarf zu den Investitionen laut Anlage 3, welche nichtöffentlich beraten werden.

RM Homfeldt widerspricht diesen Aussagen und verweist auf die jährliche Wertschöpfung von 300.000 Euro durch den Campingplatz. Dieser ist auf dem Weg zur Gewinnzone und auf keinen Fall eine Fehlinvestition.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10. Haushalt und Haushaltssicherungskonzept 2010 **SV-Nr. 06//0739**

VA Schulte erläutert die Planungen zur Ergebnisrechnung. Durch Einführung der Doppik werden erstmalig die Abschreibungen in Höhe von rund 50 Mio. Euro und die aufzulösenden Zuschüsse in Höhe von rund 24 Mio. Euro veranschlagt. Die Ergebnisrechnung ist vergleichbar mit der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Demgegenüber stellt die Finanzrechnung die Zahlungsströme dar. Zu Ziffer 2.3 (Seite 6 der Sitzungsvorlage) ist der voraussichtliche Darlehensstand am 31.12.2010 um die Haushaltseinnahmereste 2009 in Höhe von 573.390,98 Euro zu ergänzen, so dass dieser 11.992.092,30 Euro beträgt.

Auf Nachfrage von RM Eggerichs, welche mögliche Tarifsteigerung veranschlagt wurde, teilt BM Böhling mit, dass diese linear mit 3% für 2010 und die Folgejahre kalkuliert wurde. Auf weitere Nachfrage, ob Straßenreparaturkosten wegen der Frostschäden und die höheren Kosten für Streusalz angesetzt wurden, teilt BM Böhling mit, dass hierüber im Fachausschuss

beraten wurde und Mittel für Reparaturen eingeplant sind. Die Kosten für Streusalz veranschlagt die AÖR Baubetriebshof. Die Anfrage nach den Kosten für den Messestand Marketing wird dahingehend beantwortet, dass es sich hierbei um Veranstaltungskosten handelt, die im laufenden Etat veranschlagt sind.

BM Böhling führt aus, dass bei der Finanzplanung für die Jahre 2011 ff. die Steuerschätzung von einem Wachstum von 8% ausgeht. Die derzeitige Finanzlage ist dem Rückgang der Einkommensteuer und dem kommunalen Finanzausgleich geschuldet. Er betont, dass das Land Niedersachsen seine Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs nicht gut ausstattet. Insbesondere verweist er auf die Änderung zum kommunalen Finanzausgleich vor 5 Jahren, in dem die Verteilungsmasse um rund 150 Mio. Euro gekürzt wurde. In anderen Bundesländern bestehen bessere Bedingungen. Weiterhin ist die Kreisumlage mit 54 Punkten vergleichsweise hoch. Schortens leistet sich viele Einrichtungen und eine vorbildliche Kinderbetreuung. Er ist optimistisch bei der Steigerung der Einkommensteuer. Gleichzeitig sollte die Senkung der Kreisumlage und eine sparsame Mittelverwendung weiterverfolgt werden.

Auf Nachfrage von RM Freygang hinsichtlich der Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes teilt VA Schulte mit, dass dieses derzeit nicht dezidiert beziffert werden kann.

RM Just verweist darauf, dass sich die Schulden in den Folgejahren jährlich um rund 1 Mio. Euro erhöhen werden. Auf die Senkung der Kreisumlage muss daher verstärkt Einfluss genommen werden. Andererseits muss sich die Stadt an ihre finanziellen Möglichkeiten anpassen, da sich diese zu viel leistet, wie z.B. Stadtmarketing, Familienzentrum, Ankauf nicht benötigter Gewerbeflächen.

RM Homfeldt betont, dass die Finanzprobleme nicht hausgemacht sind. Bund und Land sind hier ein schlechtes Vorbild. Eine bessere Vermarktung der Stadt ist alternativlos. Wichtig ist, das Geld intelligent auszugeben. Dieser Haushalt stellt einen Übergangshaushalt dar. Durch Einführung des doppischen Haushaltes und flächendeckender Kosten- und Leistungsrechnung würden sich bessere Steuerungsmöglichkeiten ergeben. Einzelne Dinge in Frage zu stellen, sei nicht der richtige Weg. Wichtiger ist es, Neubürger mit gutem Einkommen zu akquirieren.

RM Eggerichs stellt fest, dass die Fraktionen diesbezüglich unterschiedliche Wege gehen. Obwohl die CDU-Fraktion seit 14 Jahren die Mehrheit hat, hat sich die Situation auch nicht verbessert. Diese habe letztes Jahr die Zusammenarbeit unter Hinweis auf die Gründung einer Arbeitsgruppe auch mit externen Beratern abgelehnt.

RM Schneider stellt die Notwendigkeit der Investitionen für Marketing in Frage, wenn gleichzeitig die Kommunen aufgrund der Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes freiwillige Leistungen streichen müssen.

RM Just wirft der CDU-Fraktion vor, die Lösung der Probleme wieder auf

das nächste Jahr zu verschieben oder auf Vorschläge anderer zu warten. Eine kreative Maßnahme sei es nicht, pauschal 10% zu kürzen. Das Controlling befindet sich noch im Aufbau. Eigene Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung sind von der CDU-Fraktion nicht gekommen.

RM Homfeldt verweist RM Just darauf, dass dieser in der damaligen Mehrheitsgruppe Verantwortung hätte tragen können, hierzu aber nicht bereit war. Ergebnis der 2007 eingerichteten Arbeitsgruppe Aufgabenkritik war insbesondere, Controlling wieder einzuführen. Der Aufbau des Berichtswesens sollte schneller vorangehen. Im Herbst werde die CDU-Fraktion weitere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorlegen. Richtig ist, dass eine pauschale Kürzung der Ausgaben wenig kreativ ist – Steuererhöhungen dagegen allerdings auch. Die Stadt leistet sich rund 3 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Insbesondere muss geprüft werden, wie die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern ist.

BM Böhling unterstreicht, dass im Hinblick auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz Steuererhöhungen kontraproduktiv sind. Es müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um Verbesserungen zu erzielen. Die Einrichtungen der Stadt Schortens suchen seinesgleichen und stehen nicht zur Disposition. Er verweist auf die umfangreichen zusätzlichen Angebote wie Arche, Krippe und Ferienbetreuung.

RM Eggerichs stimmt zu, dass die Finanzprobleme der Stadt nicht hausgemacht sind. Er betont die gute Zusammenarbeit in den Fachausschusssitzungen. Die derzeitige Finanzentwicklung war so nicht absehbar. Er verweist auf die Hinweise der SPD-Fraktion zur Kappung der Wirtschaftsförderung und zur Untersuchung der Fördermöglichkeiten aus dem Konjunkturpaket II für das Jahr 2010. Grundsätzlich macht er die Ablehnungshaltung der SPD-Fraktion deutlich. Dieses betrifft nicht den Haushalt an sich, sondern das Haushaltssicherungskonzept.

Nach weiteren kontroversen Diskussionsbeiträgen von

- RM Just zu Personalkosten, Marketing, Ankauf von Gewerbestücken
- RM Fischer zu ordnungsrechtlichen Kontrollkräften, Ausschüttung Verkauf EWE-Anteile, Planungen zu Sportplatzsanierungen und –erweiterungen, Schuldentilgung, Abwassergebühr
- RM Riemer zu Ganztagschulen und Wunsch auch zukünftig im Einzelfall über Maßnahmen entscheiden zu können
- RM Homfeldt und RM Just zu Controlling

verweist BM Böhling darauf, dass Controlling im doppelhaushalt vom Gesetzgeber gefordert ist. Dieses ist allerdings kein Allheilmittel. Die Ausgestaltung obliegt der jeweiligen Kommune.

RM Eggerichs beantragt getrennte Abstimmung zu den einzelnen Beschlussformulierungen und Änderung des letzten Satzes dahingehend, dass der Bürgermeister beauftragt wird gemeinsam mit den Fachbereichsleitern Einsparmöglichkeiten von durchschnittlich 5% zu vereinbaren. Ein gegenseitiger Ausgleich unter den Fachbereichen sollte möglich sein. Er

begründet dieses damit, dass eine pauschale Kürzung im Einzelfall keinen Sinn macht und zurzeit gerade eine Erhöhung der Unterhaltungszuschüsse an die Vereine geprüft wird. Bis Ende Juni liegt auch die Steuerschätzung aus Mai des laufenden Jahres vor, so dass dann genauere Angaben über die Entwicklung der Einnahmen vorliegen.

Zu Satz 1-3 wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zu Satz 4 einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 werden beschlossen.

Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2010-2013 wird beschlossen.

Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2010 wird beschlossen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Fachbereichsleitern eine Reduzierung der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen (Anlage 1 zum Haushaltssicherungskonzept) um mindestens durchschnittlich 5% zu vereinbaren und darüber hinaus Einsparung weiterer 120.000 € zu prüfen und bis 30.06.2010 vorzulegen. Ein gegenseitiger Ausgleich unter den Fachbereichen sollte möglich sein.

11. Änderung der Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken
SV-Nr. 06//0731

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügten Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken wird beschlossen.

12. 1. Finanzbericht Haushalt 2010 **SV-Nr. 06//0744**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.